

**V-30** Ankündigung Besuche prominenter Mitglieder

Gremium: KV Göppingen  
Beschlussdatum: 17.09.2024  
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

**Antragstext**

- 1 Geplante öffentliche Besuche und Auftritte prominenter Parteimitglieder bei
- 2 lokalen Einrichtungen und Veranstaltungen sollen den betroffenen Orts- und
- 3 Kreisverbänden möglichst frühzeitig verbindlich mitgeteilt werden. Eine
- 4 Teilnahmemöglichkeit einzelner OV und KV-Delegierter ist anzustreben.
- 5 Unzumutbarkeiten - insbesondere hinsichtlich Sicherheit und Organisation - und
- 6 andere wichtige Gründe begründen eine Ausnahme.
- 7 Dem Personenkreis zuzurechnen sind - nicht abschließend - insbesondere aktuelle
- 8 wie auch ehemalige Mitglieder von Bundes- und Landesregierungen,
- 9 Staatssekretär:innen, Vorsitzende in Bund, Land und Fraktion sowie weitere
- 10 Sprecher:innen und Mitglieder bei denen von einem berechtigten öffentlichen
- 11 Interesse vor Ort ausgegangen werden kann.

## **Begründung**

Strukturschwache und ländliche Räume sind tendenziell grundsätzlich schwierigere politische Gefilde für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gleichzeitig sind in diesen Regionen deutlich weniger Besuche von politischer Prominenz zu erwarten und solche daher dementsprechend wertvoll.

Da erscheint es geradezu absurd, dass derartige Besuche regelmäßig nicht mit den Parteiverantwortlichen vor Ort abgestimmt werden, bzw. überhaupt eine Benachrichtigung vorab angestoßen wird.

Allein in Geislingen an der Steige (30.000 Einwohnende, OV Helfensteiner Land, KV Göppingen) kam es in diesem Jahr dazu, dass es innerhalb weniger Wochen zu einem

Besuch von Landwirtschaftsminister Cem Özdemir und gleich zwei Besuchen vom baden-württembergischen Gesundheitsminister Manfred Lucha kam, die sowohl von KV als

auch OV lediglich der Presse entnommen werden konnten. In zwei Fällen gar erst hinterher.

Die potente PR- und Social-Media-seitige Nutzung des Events durch die betroffenen Ortsund

Kreisverbände verpufft damit völlig ohne Not und wirkt intern wie extern unprofessionell.

Weitere negative Folgeeffekte, wie etwa die ausgebliebene Möglichkeit zur Behandlung von

Anfragen aus Presse, Locations und Bevölkerung, noch gänzlich unerwähnt.

Eine anschließende Manöverkritik zu missglückten Abstimmungen ist zwar prinzipiell wichtig

und sinnvoll, wird auch vorgenommen, offenbar systemische Mängel im Protokoll werden

damit aber nicht behoben.

Die Ankündigung und Abstimmung solcher Besuche mit den politisch Verantwortlichen vor

Ort soll daher verbindlich werden.